

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus für sechs Monate
16.- M., im Voraus jährlich, von der Expedition selbst abgeholt 30 M. Für Vorka-
zung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Erstattung
des Betrages für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
insgesamt 36 M. pro Jahr, per Post für Deutschland und Österreich 30.- M.,
insgesamt 36 M. pro Jahr, per Post für das übrige Ausland 43 M. pro Jahr.
Verkaufsstellen, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 3-5.

Die achtgrößten Monopollieferanten oder deren Raum kostet 2.- M., einschließlich
Leistungsgeld. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Leistungsgeld. Große Anzeigen laut Tarif.
Kammler-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige
in Wort-Anzeigen das fertige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510, 4603, 4635, 4640, 4923

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bolschewistenfurcht in Frankreich

Erregte Debatte in der Kammer

Paris, 22. Dezember.

In der Kammer wurde die Interpellation des Abgeordneten Soulier beraten, die darauf ausgeht, die Regierung zum Kampf gegen die bolschewistische Propaganda zu bewegen. Der Abgeordnete Soulier erklärte, daß der Ausfall der Wahlen im Departement Lot-et-Garonne, in dem die Sozialisten einen verstorbenen Abgeordneten, der dem nationalen Block angehört hatte, ersetzen, ihn zu der Interpellation veranlaßt habe, weil sich das Außerordentliche ereignet habe, daß die Regierung in dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten geschlagen worden sei. Frankreich sei moralisch gesund, aber man dürfe das Land nicht sich selbst überlassen. Der Ministerpräsident müsse öfter vor dem Lande sprechen, um ihm Richtung und Seele zu geben. Der Abgeordnete wendet sich gegen die links-sozialistischen Blätter und auch gegen die angebliche Propaganda von Caillaux.

An zweiter Stelle interpellierte der sozialistische Abgeordnete Barthe, was die Regierung zu tun gedenke, um der royalistischen Propaganda gegen die republikanischen Einrichtungen entgegenzutreten. Oft fürmlich unterbrochen von dem Royalistenführer Leon Daudet und seinen Anhängern, erörterte der Abgeordnete die Propaganda der royalistischen Partei, besonders die Tätigkeit der Action Française. In der Sachmittelsitzung sprach der sozialistische Abgeordnete Compère-Mareel, der erklärte, wenn die Wahlen im Wahlkreis Lot-et-Garonne zugunsten eines Sozialisten ausgefallen seien, dann hätten die Wähler eben den Begriff Bolschewisten etwas anders auf, als die Mehrheit der Kammer. Die Wahl des Sozialisten Jean beweiße, daß man mit der Politik des nationalen Blocks nicht einverstanden sei, und das gebe ihr eine besondere Bedeutung.

Lloyd George über die Arbeitslosigkeit

Der Handel mit den verarmten Ländern

5N. London, 22. Dezember.

Lloyd George gab heute im Unterhause eine längere Erklärung bei den Beratungen über die Arbeitslosigkeit ab.

Er teilte mit, daß mit Ausnahme von Frankreich, die Arbeitslosigkeit überall in der Welt größer sei, als in England. In England sei gegenwärtig eine Million mehr an Arbeitern eingestellt als im Jahre 1914. Trotzdem würde es offenbar zu Auswanderungen kommen. Werde hierbei aber in Betracht gezogen, daß aus den Vereinigten Königreichen die Auswanderung lediglich nach den überseeischen Teilen Großbritanniens erfolge, dann verliere Großbritannien seinen einzigen seiner Einwohner und seiner Arbeitskräfte. Dies müsse erreicht werden.

Der Handelsminister Horne habe ihm mitgeteilt, daß er umfangreiche Beratungen mit Geschäftsleuten gehabt habe, um zu ermitteln, ob es möglich sei, ein Kreditssystem anzunehmen, das die Wiederaufnahme des Handels mit den verarmten Ländern Europas gestatten würde. Wenn ein solches System sich als anwendbar erweisen würde, dann würde das der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unendlich besser dienen als irgendwelche Pflasterchen-Mittel. Gleichzeitig teilte er mit, daß ein ziemlich großer Ueberschuß an Vorkräften in England wahrscheinlich in allernächster Zeit unter Bedingungen, die noch einer Prüfung unterliegen, nach Mitteleuropa, hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt werden.

Die Wiedergutmachung

Pläne für die deutsche Entschädigungszahlung

5N. London, 22. Dezember.

Nach den Mitteilungen der englischen Presse stellt sich der allierierte Plan für die Wiedergutmachung Deutschlands etwa folgendermaßen dar: Deutschland hätte die Entschädigung in einer Zeit von 42 Jahren zu bezahlen und zum erstenmal im Mai 1921 mit der Zahlung einer Rate zu beginnen. Zweimal jährlich müßten zu gleichen Raten drei Milliarden Mark gezahlt werden. Diese Zahlungsweise würde bis 1925 andauern. Von 1925 bis 1930 würden die Abzahlungssummen verdoppelt werden, also sechs Milliarden jährlich zu zahlen sein. In den Jahren 1930-61 soll die Rate sieben Milliarden jährlich betragen. Auf diese Weise würde man zu einer Gesamtsumme von 265 Milliarden Goldmark gelangen. Deutschland würde jedoch das Recht zustehen, vor diesem Fälligkeitsstermin zu zahlen und es dürfte sich dann eine Rate von 5-8 Prozent des bereits gezahlten in Abzug bringen.

Die städtische Kohlenkrise behoben

Am Dienstag wurde die Öffentlichkeit durch die Mitteilung des Kohlenamts alarmiert, daß die Gas- und Elektrizitätswerke Berlins durch mangelnde Kohlenzufuhren bereits die eisernen Becken hätten angraben müssen und deshalb die Gefahr der völligen Betriebseinstellung bestehe. Mittwoch aber wurde mitgeteilt, daß die größten Gefahren in der Belieferung der städtischen Gas- und Kraftwerke bereits überwunden seien. Eine Umfrage bei den Gas- und Elektrizitätswerken habe ergeben, daß in den letzten beiden Tagen größere Kohlentransporte angekommen seien, und daß die Reserven der Werke wieder so angefüllt werden konnten, daß die Herstellung von Gas und elektrischem Strom über die Feiertage hinaus gesichert ist.

So erfreulich diese Mitteilung an sich auch ist, so eigentümlich berührt das Spiel, das hier mit der Öffentlichkeit getrieben wird. Wir können uns natürlich denken, daß zwischen der städtischen und der staatlichen Behörde Meinungsverschiedenheiten über die nach Berlin zu liefernde Kohlenmenge besteht, und es ist uns auch durchaus verständlich, daß das städtische Kohlenamt, wenn es mit seinen Forderungen an die städtischen Behörden nicht durchdringt, sich zu Alarmrufen an die Öffentlichkeit gezwungen glaubt. Wir wünschen aber, daß diese Stellen sich dabei der Tatsache bewußt bleiben, daß eine so alarmierende Nachricht, wie sie sie vor einigen Tagen herausbrachten, bei den von der Stilllegung der Betriebe bedrohten Arbeitern große Unruhe erwecken muß. Insbesondere dann, wenn sie später erfahren, daß die alarmierende Nachricht zu einer Zeit erschien, als die Schwierigkeiten bereits wieder behoben waren.

Proletarische Einheitsfront in Bremen

Die bürgerliche Regierung der Freistadt Bremen hat in einem Konflikt mit der Arbeitermehrheit des Parlaments um die Auflösung der Stadtwehr die nach der Verfassung gebührende Möglichkeit des Volksentscheides ergriffen. Das Plebiszit soll schon in diesen Tagen stattfinden. Nunmehr enthalten die Bremer Arbeiterzeitungen folgenden Aufruf:

In der Frage des Volksentscheides ist eine gemeinsame Front aller Arbeitenden gegen die geschlossene Front der Druesch-Deute Vorbedingung des Sieges.

Die Wortführer der U. S. P., S. P. D. und K. P. D., sowie die Fraktionensführer genannter Parteien und der Vorstand des Gewerkschaftsrates sind gewillt, in der Frage des Volksentscheides

des über das Verbleiben oder den Abgang des bürgerlichen Minoritätensatzes den Kampf gemeinsam zu führen unter Wahrung der politischen Selbständigkeit und Hinterrückung aller trennenden Momente, da alle sozialistischen Parteien an dem Verschwinden des Geschäftsjenats gleichmäßig interessiert sind.

Zu diesem Zweck wurde ein Arbeitsausschuß aus oben genannten Parteien und dem Gewerkschaftsrat gebildet, welcher einheitlich den Kampf um den Volksentscheid führt.

Der Arbeitsausschuß: J. A. Böhm, Rhein, Müller.

Das gemeinsame Handeln der Bremer Arbeiter dürfte in ganz Deutschland von der Arbeiterklasse freudig begrüßt werden. Hoffen wir, daß die eindringliche Sprache der Tatsachen, entgegen allen reformistischen und utopischen Täuschungen und Zerungen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands die Erkenntnis einpauken wird, daß sie nur in einheitlicher Front, durchdrungen von den Grundsätzen des revolutionären Marxismus, den Kampf gegen die erstarrte Reaktion siegreich auszuführen vermag.

Die welfischen Wölfe

11. Braunschweig, 22. Dezember.

In der heutigen Landtagssitzung wurden die Forderungen des Welfenhauses, die sich auf 250 Millionen Mark belaufen, besprochen. Ministerpräsident Dexter erklärte folgendes: Ich habe ein Rechtsempfinden und das sagt mir, daß unter keinen Umständen ein Rechtsanspruch auf das Kammergut besteht oder anerkannt werden kann. Es ist mir als Minister unmöglich, mich auf einen Beschluß der Landesversammlung hin zu bequemen, mit den Welfen auf der Grundlage dieser Forderungen irgendwelche Verhandlungen einzuleiten. Wenn die Landesversammlung einen solchen Beschluß fassen sollte, der zu Verhandlungen auf der Grundlage der herzoglichen Forderungen führt, dann werde ich persönlich mein Amt niederlegen, weil ich im Interesse des Landes nicht in der Lage bin, diese Verhandlungen zu führen. Die Anerkennung der Rechte auf das Kammergut bedeutet die Vernichtung des braunschweigischen Staates.

Allierierte Ministerkonferenz in Cannes. Nach einer „Matin“-Rede wurden sich die Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien jedenfalls am 10. Januar in Cannes begegnen und über die Orientfrage, die Vorläufe der Allieriertenkonferenz auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel und die dortigen Verhandlungen beraten.

Das Koalitionsrecht der Beamten

Der Kampf der Beamten um das Existenzminimum hat die Frage des Koalitionsrechts der Beamten auf die Tagesordnung gesetzt. Die Staatsgewalt, die den Beamten das Recht der Vereinigung zum Zwecke der Wahrung gemeinsamer Interessen nicht mehr vorenthalten kann, bestreitet ihnen das Streikrecht, womit angedeutet wird, daß nach der Ansicht der Regierenden das Recht der Arbeitsverweigerung nicht unbedingt im Koalitionsrecht enthalten ist. Damit bekommt das Problem Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse.

Wird bei den Beamten bei der Auflösung des Begriffes Koalitionsrecht in verschiedene Bestandteile, die nach Belieben miteinander verbunden oder voneinander getrennt werden können, begonnen, so wird damit eine schiefe Ebene betreten, auf der die Arbeiterschaft nicht folgen darf. Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen solche Auslegung des in der Verfassung ohne Einschränkung gewährleisteten Koalitionsrechts ist zunächst durch das Interesse des Proletariats als Klasse geboten, denn die unterschiedliche rechtliche Behandlung der einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse, wozu wir die Beamten rechnen, hätte ideologisch und taktisch die Trennung dieser verschiedenen Gruppen im Klassenkampf voneinander zur Folge. Die prinzipielle Verweigerung des Streikrechts für die Beamtenklasse wäre somit ein Sieg der Staatsgewalt des Klassenstaates über das Proletariat, eine Befestigung der Macht der herrschenden Klassen.

Bei der Befestigung des Streikrechts der Beamten würde es aber keineswegs sein Bewenden haben. Neben dem lächerlichen Vorwand vom Pensionsrecht und Anstellungsverhältnissen der Beamten, ist es besonders der Hinweis auf die besondere Stellung der Beamten im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, gekennzeichnet durch den Dienst in öffentlichen Betrieben oder im öffentlichen Interesse, womit die Staatsgewalt ihren Streich gegen das Streikrecht der Beamten begründet. Diese Begründung aber läßt sich jeden Augenblick anwenden auf zahlreiche Wirtschaftszweige, in denen Arbeiter und Angestellte im freien Vertragsverhältnis beschäftigt sind. Und daß bei den regierenden Faktoren starke Neigungen zu einer solchen Ausdehnung der Einschränkung des Koalitionsrechts bestehen, ist ja nicht unbekannt. Der Streik der Elektriker und die Ebert-Verordnung gegen die Elektrizitätsarbeiter ist von vielen nur das jüngste Merkmal für diese Absichten, der ursprüngliche Entwurf einer Schlichtungsordnung zeigte mit brutaler Offenheit die Richtung an, in der sich die Neigungen der Herrschenden in Bezug auf das Streikrecht bewegen.

Hier droht eine Gefahr. Die Arbeiterschaft würde sie unabweisbar steigern, wenn sie der Reaktion den kleinen Finger reichen und an einem Punkte nachgeben würde. Wir beobachten außerdem, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit von vielen Seiten, gestützt auf allerlei gewundene Beweise, versucht wird, die selbstsamten Verpflichtungen der Arbeitenden gegenüber der Gesamtheit zu konstruieren, um davon das Recht zur Schmälerung der unerschütterlichen Freiheiten der Arbeiterklasse abzuleiten. Die Arbeiterklasse muß gegenüber solchen Verschleierungen und Entstellungen der sozialen Wirklichkeit um so strenger an dem Grundgesetz festhalten, daß einmal das Koalitionsrecht allen Lohn- und Gehaltsempfängern, allen denen zusteht, deren Existenz auf einem Arbeitsverhältnis und einem Arbeitsvertrag beruht, und daß zudem das Streikrecht ein untrennbarer Bestandteil des Koalitionsrechts ist.

Daß das Dienstverhältnis der Beamten, trotz mancher Abweichung vom Arbeitsverhältnis des freien Angestellten und Arbeiters, im Prinzip ein Arbeitsverhältnis ist, das auf Grund eines Arbeitsvertrages besteht, wird auch von bürgerlichen Sozialpolitikern zugegeben. Das Arbeitsverhältnis der Beamten ist zwar nicht ein Vertragsverhältnis zwischen der Person des Lohnempfängers und der Person eines Unternehmers, wie das Arbeitsverhältnis des Industriearbeiters es trotz der kollektiven Arbeitsverträge und trotz des sagenhaften „Mitbestimmungsrechts“ bei Einstellung und Entlassung noch immer ist. Es ist ein Vertragsverhältnis zwischen dem Beamten und der durch die Staatsgewalt vertretenen Gesamtheit. Das soll keineswegs verschwiegen werden. Aber auch dieser Umstand ändert nichts daran, daß es ein Arbeitsverhältnis bleibt, wodurch die soziale Stellung des Beamten vollends gleich wird der sozialen Stellung des Arbeiters und Angestellten im freien Vertragsverhältnis. In dieser Gleichheit der sozialen Stellung aber liegt der einzige sichere Maßstab für den Anspruch auf Rechte und Freiheiten, die den Zweck haben, den „wirtschaftlich Schwachen“ die Möglichkeit der Selbsthilfe zur Verbesserung ihrer Lage oder zur Abwendung völliger Verelendung zu gewährleisten. Als Mittel solcher Selbsthilfe kann aber nur eine das Streikrecht enthaltende Koalitionsfreiheit gelten.

Die Koalitionsfreiheit ist den Beamten durch die Verfassung zugesprochen. Im Artikel 130 der Reichsverfassung heißt es: „Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet“. Nirgends ist in der Verfassung von einer Einschränkung der Koalitionsfreiheit die Rede.

tionstrennung für die Beamten die Rede. Auch gegen sie kann nur der berichtigte Ausnahmestandparagraf in Anwendung gebracht werden. Mit der Hilfe der Reichspräsidenten die Grundrechte der Staatsbürger, zu denen das Koalitionsrecht gezählt wird, aufzuheben pflegt, wenn die Anwendung dieser Grundrechte durch die Unterdrückten den Herrschenden unangenehm zu werden droht. Recht und Unrecht sind somit in der Verfassung auf Arbeiter, Angestellte und Beamte völlig gleichmäßig verteilt. Damit aber besitzen auch die Beamten das Streikrecht, und alle Gründe, die die Regierungen zu seiner Beseitigung anführen, sind willkürlich, durch die Verfassung nicht gerechtfertigte Konstruktionen.

Nun hat allerdings weder die Beamtenschaft noch die übrige Arbeiterklasse, noch die Gesamtheit ein Interesse daran, daß die Beamten um jeden Lohnverhinderung willen streiken müssen. Mit dem Verlust, Lohnstreiks der Beamten überflüssig zu machen, wird jeder einverstanden sein, der nicht der bloßfüßigen Auffassung huldigt, daß jeder lumpige Lohnstreik eine Etappe der Weltrevolution ist und benutzt werden muß, um mit Hilfe putschistischer Treibens zum „Generalangriff“ auf Kapitalismus und Klassenstaat „geheißert“ zu werden. Die Voraussetzung ist nur, daß das Streikrecht der Beamten grundsätzlich unangestastet bleibt, so daß es jederzeit Wirklichkeit werden kann, wenn das Interesse der Beamtenschaft oder der gesamten Arbeiterklasse es erfordert.

Will die Staatsgewalt Lohnstreiks der Beamten vermeiden, so gibt es dazu nur ein Mittel. Es besteht in der elastischeren Gestaltung der Besoldungsverhältnisse, die eine schnelle Anpassung der Besoldung an die steigenden Lebensunterhaltungskosten möglich macht, und in einem weitgehenden Recht der Mitbestimmung der Beamtenorganisationen bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages. Kurz, die Praxis des kollektiven Arbeitsvertrages, wie die Gewerkschaften sie entwickelt haben, muß auf das Arbeitsverhältnis der Beamten stärker als bisher angewendet werden. Das eigenartige Anstellungsverhältnis der Beamten darf dem nicht im Wege stehen. Es ist die Aufgabe der Regierung, eine Methode zu suchen, die die Anwendung der Grundsätze und der Praxis des Tarifvertrages auf das Arbeitsverhältnis der Beamten möglich macht, ohne daß den Beamten damit die aus ihrem Anstellungsverhältnis fließenden Vorteile verloren gehen. Bisher wird der Arbeitsvertrag für die Beamtenschaft einseitig festgesetzt von der Staatsgewalt nach den Bedürfnissen des Staates. Es gibt keine Gewähr dafür, daß die Bedürfnisse des anderen Vertragskontrahenten, des Beamten, genügende Berücksichtigung finden.

Im Arbeitsverhältnis des Beamten ein Vertragsverhältnis zwischen ihm und der Gesamtheit, vertreten durch die Staatsgewalt, so übernimmt die Gesamtheit damit eine ungewöhnlich große Verantwortung für das Wohlergehen der Familien der Hunderttausende von Staatsbediensteten. Dessen muß sich die Bereiterung der Staatsgewalt bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages für die Beamten bewußt sein, und diese Verantwortung vermag sie nur dann mit ruhigem Gewissen zu tragen, wenn sie den Vertretungen der Beamtenschaft Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages gewährt. Ende 1918 gab es nach den Berichten der zahlreichen, sehr zerstückelten Beamtensverbände 827 000 organisierte Beamte in Deutschland. Es lohnt sich also schon, daß sich die Herren einmal ein wenig den Kopf zerbrechen über ein Problem, dessen Lösung das Lebensinteresse so zahlreicher Bürger des Reiches berührt, die noch dazu im Dienst des öffentlichen Wohles stehen.

Soll aber dabei etwas herauskommen, soll vor allem eine solche Regelung ein Mittel zur Behütung von Lohnstreiks sein, so muß von vornherein gefordert werden, daß bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Beauftragten der organisierten Beamten Körperschaften gegenüberzutreten — als die anderen Vertragskontrahenten —, die das Vertrauen der Beamten besitzen. Solange trotz formaler Mitwirkung der Beamtensorganisationen bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages, allem parlamentarischen Druck und Drang zum Trotz, die Entscheidung einseitig in der Hand der mit allen Kniffen und Pfiffen vertrauten oberen Bürokratie liegt, so lange muß zwischen der Masse der unteren und mittleren Beamten und jener Vertretung der Staatsgewalt als „Arbeitgeber“ ein Gegensatz bestehen, der an Schärfe dem Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum nicht nachsteht. Sollte dieser Gegensatz sich auswirken, so wird er zu denselben Kämpfen führen, die der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit täglich von neuem erzeugt. Versteht man es nicht, ihn zu mildern und Vertrauen in der Beamtenschaft zu wecken, dann wird man auch keine Verhütung in der Reihen der Beamten tragen, die von Dauer ist. Der Gegensatz kann abgeschwächt werden, indem die Macht der oberen Bürokratie preisgegeben, das Recht der Masse der Beamtenschaft vermehrt und der Abschluß des Arbeitsvertrages für die Beamten in die Hand von Körperschaften gelegt wird, die sich gegenüber der Gesamtheit verantwortlich fühlen, und denen das Vertrauen der Masse der Beamten gehört.

Eine Regierung, die so verfährt, muß allerdings davon absehen, die Beamtenschaft zu einem Instrument ihrer Herrschaft über die Volksmasse zu machen. Diese Absicht lag dem Bestreben des alten Regimes, die Beamten von den übrigen Bevölkerungsschichten zu isolieren, zugrunde. Darum mußte es auch zweierlei Recht, hier für Beamte, dort für Arbeiter geben. Haben die Bestimmungen der gegenwärtigen Regierung, die ebenfalls darauf hinauslaufen, den Beamten einen Teil des für alle Staatsbürger geltenden Rechts vorzuenthalten, etwa den gleichen Ursprung und denselben Zweck? Sollte diese Absicht nicht mehr vorliegen, dann besteht auch kein Grund, die Beamten milderem Rechts sein zu lassen, als alle anderen Lohnempfänger. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Regierung im Falle eines Beamtenstreiks benimmt. Das Verhalten der Regierung zur Beamtenfrage ist ein trefflicher Gradmesser für ihren Charakter überhaupt.

Die Wahlen im Metallarbeiterverband

Das endgültige Resultat

Die endgültigen Zahlen des Ergebnisses der Wahlen für die engere Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes lauten:

Liste Rosa — Ulrich 31 611 Stimmen
Liste Rosa — Pöschel 30 272 Stimmen.

Italiens Finanzlage. In Besprechung des Budgets für 1921-22 gab Schönmüller Meda in der Kammer bekannt, daß die Ausgaben sich auf 23 497 Millionen und die Einnahmen auf 14 750 Millionen Lire belaufen. Nach den Angaben Medas hat die öffentliche Schuld um 14 853 Millionen Lire zugenommen; sie beläuft sich jetzt auf 98 072 Millionen Lire.

Die Forderungen der Eisenbahner

Die letzte Warnung

Die Vereinigten Eisenbahnerverbände schreiben uns:

Die vier großen Eisenbahnerverbände der Beamten und Arbeiter, die das gesamte Reichseisenbahnpersonal fast restlos umfassen, haben nach vorausgehenden Verhandlungen der Reichsregierung, dem Reichstag, dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium nachstehende Forderungen übermittelt:

„Die unterzeichneten Organisationen stellen zur Behebung der Notlage des Eisenbahnpersonals folgende Forderungen:

1. Der Teuerungszuschlag für die Eisenbahnarbeiter in Anlage 1 des Reichslohntarifvertrages vom 3. August 1920 ist entsprechend der am 19. November 1920 überreichten Forderung gleichmäßig um 1 M. pro Stunde zu erhöhen.
2. Für die Beamten ist eine Erhöhung der Teuerungszuschläge in folgender Weise durchzuführen:
In Besoldungsgruppen 1 und 2 auf 98 Proz.
„ Besoldungsgruppe 3 „ 85 „
„ Besoldungsgruppe 4 „ 83 „
„ Besoldungsgruppen 5 und 6 „ 75 „
„ „ 7 und 8 „ 70 „
„ „ 9, 10 und 11 „ 65 „
„ „ 12 und 13 „ 60 „
3. Für die Diätäre sind die vom Reichsgutachtenauschuss vorgeschlagenen Sätze in Anwendung zu bringen.
4. Das Besoldungsgeheimnis ist in allen Teilen, auch hinsichtlich des Besoldungsobertellers, mit Beschränkung in Kraft zu setzen.
5. Wegen der vom Reichstag in einer Entschließung geforderten Revision des Besoldungsgeheimnisses ist sofort mit den

Erziehungsorganisationen in Verhandlungen einzutreten.

6. Die vom Reichstag zur Beamtenbesoldung bereits getroffenen Regelungen werden durch diese Forderungen nicht berührt.

7. In der Erwartung, daß die Verhandlungen in aller Kürze ausgenommen werden, wird die Regierung ersucht, den Zeitpunkt mitzuteilen, an dem die Verhandlungen beginnen können.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Allgemeiner Eisenbahner-Verband.“

Die Zuschrift der Verbände schließt mit folgenden Worten:

Forderungen und Aufruf der Verbände lassen kaum einen Zweifel über den Ernst der Situation. Zum erstenmal bildet das gesamte Eisenbahnpersonal eine Einheitsfront zur Erlämpfung besserer Existenzverhältnisse. Sollte es bei Ablehnung der Forderungen zu einem Streik kommen, so würde demnach mit einer völligen Stilllegung des gesamten Reichseisenbahnbetriebes zu rechnen sein. Die Folgen für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben wären unübersehbar.

Gleichzeitig mit den Forderungen wurde den eingangs aufgeführten Regierungsinstanzen die Erklärung zur Kenntnis gebracht, die wir bereits in unserem gestrigen Abendblatt zum Abdruck gebracht haben. Diese Erklärung muß als eine letzte Warnung an alle maßgebenden Stellen angesehen werden. Sie läßt den Ernst der Lage, aber auch das Verantwortungsgefühl wie zugleich den festen Tatwillen der Eisenbahner erkennen. Es wird sich zeigen müssen, ob das Verantwortungsgefühl bei den regierenden Faktoren in gleich starkem Maße vorhanden ist.

Der Feind im Lande

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, verurteilte die Erfurter Strafkammer den Offizierstellvertreter Behold vom Reichswehrregiment 21 zu einem Jahre Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Er soll sich während der Märzunruhen, die von den Kappläten hervorgerufen wurden, von seinem Truppenteil entfernen und sich dadurch der „Feindschaft“ vor dem Feinde“ schuldig gemacht haben.

Der Begriff „Feindschaft vor dem Feinde“ galt bisher nur während eines Feldzuges. Daß das Erfurter Gericht auch den Bürgerkrieg, der im März 1920 von den Kappläten entfesselt wurde, als einen Feldzug ansah und die Proletarier, die zum Schutze der Republik aufgestanden waren, als „Feinde“ betrachtete, zeigt recht deutlich, wie auch die bürgerliche Justiz ganz und gar in der militaristischen Gedankenwelt verstrickt ist. Wenn es im März 1920 schon einen Feind im Lande gegeben hat, so waren dies die Kappläten, die Freikorpsführer und die Reichswehrgeneräle, die entweder ihren Eid brachen und gegen die Republik zu Felde zogen oder sich weigerten, den bewaffneten Soldaten um Rapp und Lüttich Widerstand entgegenzusetzen. Ein Soldat, der innerhalb einer solchen Verschwörergemeinschaft nicht kämpfte, der die Arbeiter nicht niederschlagen wollte, die sich zum Schutze der Republik erhoben hatten, ein solcher Soldat war zu seiner Handlung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet und die Republik müßte ihn ob seiner Treue nicht bestrafen, sondern belohnen.

Das Erfurter Urteil fügt sich gut dem Gesamtbilde ein, das nach dem Rapp-Fußsch in vielen Einzelabteilungen vor uns aufgerollt wurde. Die Hauptverursacher befinden sich in einem sicheren Hafen oder sind durch das Reichsgericht außer Verfolgung gesetzt worden. Ihnen harzt keine Sühne, obwohl sie die wirklichen Verbrecher waren. Diejenigen aber, die sich dem Verbrechen widersetzen, sind die Schuldigen, die Feinde im Lande. Sie trifft die ganze Strenge des Gesetzes. Würde diese Gerichtspraxis vom politischen Gebiet ins kriminelle übertragen werden, dann würde in Zukunft nicht mehr der Einbrecher oder Mörder bestraft werden, sondern derjenige, der sich zur Wehr setzte.

Kessel amnestiert?

Hauptmann Kessel ist, wie gestern früh berichtet wurde, in Berlin eingetroffen. Seine Wohnung war, um dem Einzug einen besonders feierlichen Charakter zu geben, mit Blumen geschmückt. Wie inzwischen verlautet, soll Hauptmann Kessel amnestiert worden sein. Wir sind von der deutschen Justiz ja nun allerlei gewöhnt. Aber daß sie es wagt, die Amnestie auf Meineide auszuweiten, also auf Verbrechen, die nächst dem Mord am schwersten geahndet werden, das vermögen wir einstweilen noch nicht zu glauben. Denn die Republik würde damit noch unter das Niveau eines mittelalterlichen Räuberstaates herabsinken: sie ist durch die grundsätzliche Freisprechung von Mördern in Offiziersuniform ohnehin schon sehr nahe dort angelangt.

Die Amnestie, die im Sommer dieses Jahres auf Drängen der U. S. V. D., ausgesprochen wurde, bezog sich lediglich auf Vergehen, die im Zusammenhang mit einem hochverräterischen Unternehmen oder dessen Abwehr standen, also politischer Natur waren. Das Vergehen des Hauptmanns Kessel hat aber mit einer politischen Handlung nichts gemein, es ist ein Verbrechen ordinarischen Charakters. Kessel war neben Reinhardt der Hauptinstigator bei der Ermordung der 29 Matrosen in der Französischen Straße. Er hat dann in dem Prozeßverfahren gegen den Oberleutnant Marloh eine gemeingefährliche Rolle gespielt. Allen verschwinden lassen, Zeugen beeinflussen, das Gericht betrogen, Marloh zur Flucht veranlassen, ihm gefälschte Papiere ausgehändigt und die Mittel zu seiner Flucht bereitgestellt. Kurz, er war die Seele jenes Unternehmens, das selbst vom Vorsitzenden des Gerichts mit den Worten charakterisiert wurde: es ist wohl noch nie in einem Prozeßverfahren mit so viel Niedertracht und Gemeinheit, Lüge und Intrigue gearbeitet worden, wie in diesem Prozeß. Und bei alledem hatte Herr Kessel einen Meineid geleistet, der ihm glatt bewiesen werden konnte, und der ihm auch nachgewiesen worden ist in jenem Prozeß, wo Herr Kessel nahe vor der Urteilsverkündung die Grippe und 41,6 Grad Fieber bekam.

Herr Kessel hat sich also keines politischen Vergehens, sondern eines ganz gemeinen Verbrechens schuldig gemacht. Sollte er trotzdem amnestiert worden sein, dann läge hier

ein Rechtsbruch vor, der allen bisher dagewesenen Fällen die Krone aufsetzen würde. Es sind ja sowohl im Marlohpfez, als auch in dem Meineidprozeß gegen Kessel Dinge geschehen, die für eine anständige und objektive Justiz beschämend sein müßten, wenn eben noch ein Sinn für Scham in der Rechtspflege vorhanden wäre. Die Tatsache allein, daß Kessel auf freiem Fuß gesetzt wurde und neun Monate unbeschäftigt blieb, obwohl ihm der Meineid glatt nachgewiesen war, spricht Bände. Kessel konnte sich im Marlohpfez einflußreicher Gönner rühmen. Waren diese Gönner auch am Werke, als es galt, ihn auf freiem Fuß zu setzen? Hätten sie ihre Hände auch bei der Amnestierung, wenn diese tatsächlich erfolgt ist, im Spiele? Sollte Hauptmann Kessel tatsächlich außer Verfolgung gesetzt worden sein, dann hat die Dame Justitia ihre Binde endgültig abgelegt. Dann schaut sie nur noch nach links und drückt beide Augen zu, wenn ein Verbrecher von rechts mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen ist.

Wir erwarten eine öffentliche Erklärung des Justizministeriums. Das weitere wird dann unsere Fraktion im Reichstag besorgen, damit die gesamte deutsche Öffentlichkeit und darüber hinaus die Welt erfahre, in welchem Maße die Justiz sich im Dienste der herrschenden Klasse prostituiert.

Leinerts Rücktritt

Die bedrohten Geschäftsinteressen

Ueber die Ursachen des Rücktritts des rechtssozialistischen Oberbürgermeisters Leinert wird dem „Vorwärts“ aus Hannover mitgeteilt:

Der Magistrat forderte die Bewilligung eines Darlehns von 20 Millionen für die „Hannoversche Wirtschaftsgenossenschaft“, die Anfangs 1919 unter Beteiligung der Stadt, der Handelskammer, der Handwerkskammer und der Gewerkschaften gegründet, die hannoversche Bedarfsversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs (Textilwaren, Lederwaren usw.) billig und gut versorgt. Die günstige Entwicklung dieses Unternehmens verursachte einen Sturm der hannoverschen Geschäftswelt gegen es. Diese Angriffe wurden von den Demokraten unterstützt. Sie brachten einen Antrag ein, wonach eine besondere Kommission zur Prüfung der Inventur der hannoverschen Wirtschaftsgenossenschaft eingesetzt werden sollte und wollten die Bewilligung des Darlehns ausgesetzt wissen, während Leinert darauf bestand, daß die Bewilligung bereits in der Sitzung ausgesprochen werde. Die rechtssozialistische Fraktion wollte dieser Bewilligung zustimmen, weil Leinert die bindende Erklärung abgegeben hatte, daß die Prüfung der Inventur der Wirtschaftsgenossenschaft durch zwei vereidigte Sachverständige der hannoverschen Handelskammer vorgenommen werden sollte. Trotz dieser Zusicherung hielten die Demokraten ihren Antrag aufrecht und unterstützten damit die Politik der Rechtsparteien gegen Leinert. Der Antrag wurde mit 38 gegen 36 Stimmen angenommen, und zwar sind in den 36 Stimmen enthalten die Stimmen der Rechtssozialisten und der Unabhängigen, während in den 38 gegen Leinert enthalten sind die Stimmen der Deutsch-hannoverschen Partei, der bürgerlichen Mitte, der Demokraten und der Kommunisten, so daß also rechts und links sich vereint bemüht haben den Oberbürgermeister zu stürzen.

Dieser Vorgang sollte den Rechtssozialisten in Berlin zur Lehre dienen. Das gesamte Bürgertum ist einig in dem Kampf gegen jede Maßnahme zur Förderung der Allgemeininteressen, wenn der Profit der Kleinbändler und ähnlicher Interessenten bedroht wird. Die Rechtssozialisten dürfen deshalb, wenn es ihnen mit der Kommunalisierung ernst ist, durch die Wahl eines Oberbürgermeisters, der Gegner der Kommunalisierung ist, die Stellung der sozialistischen Parteien nicht schwächen.

Betriebseinstellung der Kasseler Straßenbahn. Die Große Kasseler Straßenbahn hat sich veranlaßt gesehen, ihr gesamtes Fahrpersonal restlos zu entlassen, nachdem sie an dem Zustand beteiligten Schaffner und Arbeiter trotz des Schiedspruches des Einigungsamtes die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Es ist damit zu rechnen, daß der gesamte Betrieb der Kasseler Straßenbahn längere Zeit ruht.

Verkehrsstörungen durch Schneefall. Infolge der Witterungseinflüsse ist der Fernverkehrsverkehr Berlin mit Frankfurt a. M., Stuttgart und München erheblich beeinträchtigt. In vielen Städten Thüringens sind die Leitungsmaste gebrochen oder die Telephondrähte infolge überaus starken Schneefalls zerrissen.

Wer ist der Feind der Arbeitslosen?

Die Wirtschaftskrise lastet schwer auf dem Proletariat. Das Elend in den Arbeiterfamilien Berlins ist unbeschreiblich. Tausende von Kindern und Erwachsenen in den Arbeiterquartieren hungern und frieren, sind zerlummt und verkommen im wörtlichsten Sinne des Wortes — während in den Wohngebieten der Bemittelten Wohlleben und Prasseler Orgeln klingen. Verzweiflungsanbrüche dieser Entarteten sind deshalb nur allzu natürlich und begreiflich. Damit ist aber leider die Frage, wie den Arbeitslosen tatsächlich geholfen werden kann, nicht entschieden.

Die Kommunisten, unbeschwert von sozialistischer Einsicht, wenden alle demagogischen Kräfte an, um die Arbeitslosen irrezuführen. Sie rufen die Arbeitslosen auf: „Überall im Reich stellt die Gemeindebehörden, zwingt sie zu handeln. Versammelt euch, zieht vor die Rathäuser, stellt eure Forderungen.“ Das geschieht, obwohl die Kommunisten wissen, insbesondere durch die Vertretung, die sie im Berliner Magistrat haben, daß die von ihnen empfohlenen Mittel absolut zwecklos sind, um der Not der Arbeitslosen zu steuern. Ihr Verhalten erweckt den Anschein, daß sie vor allem Populärhaftigkeit treiben und der neuen Stadterwartung Schwierigkeiten bereiten wollen. Diese Politik ist höchst verwerflich, weil sie statt die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit darzulegen und die politische Verantwortung für das Massenelend an den Pranger zu stellen, die Arbeitslosen irreleitet und in eine Sackgasse tolllaufen läßt.

In der Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre am Montag hat der Kommunist Hedert anerkannt, daß die Arbeitslosigkeit die Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik und der Krisenreaktionen des Kapitalismus ist. Er hütete sich deshalb vor dem demagogischen Phrasen, die seine Freunde in der Stadtverordnetenversammlung in überreichlichem Maße von sich gaben und die ungenießbar gemacht werden durch die völlige Kennenlosigkeit dieser Leute. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Gemeinden, deren Bewegungsfreiheit nicht nur geschädigt, sondern auch wirtschaftlich und finanziell außerordentlich eingeengt ist, überhaupt nicht in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu mildern. Sie können nur Arbeiten zur vorübergehenden Milderung des Notstandes ausführen, die vielleicht sonst später notwendig werden würden. Größere Notstandsaktionen, die erforderlich sind, um das gewaltige Elend der Arbeitslosen, wenn auch nur zeitweise zu mildern, können die Gemeinden aus finanziellen Gründen unmöglich durchführen. Ihre Einnahmequellen sind, nachdem ihnen nur unbedeutende Steuerrechte verblieben sind, außerordentlich begrenzt. Die soziale Hilflosigkeit, die sie in und nach dem Kriege erlitten mußten, hat alle Gemeinden ungeheuer mit Schulden belastet. Der Etat der Stadt Berlin weist ein Defizit von mehreren hundert Millionen Mark auf.

Die Regierungen des Reiches und des Staates sind die wirklich Schuldigen für die ungenügende Hilfe für die Arbeitslosen. Der Kampf der Arbeitslosen muß sich deshalb gegen die Reichs- und Staatsregierungen wenden. Natürlich ist es auch die Pflicht des Berliner Magistrats, seinen natürlichen Einfluß auf die Regierungen auszuüben, um durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Geeignete Vorschläge dazu sind bereits von der Berliner Gewerkschaftskommission gemacht worden. Aber ihr Einfluß ist leider gering. Die Verschuldung des Staates und des Reiches können die Regierungen nicht als Vorwand benutzen, um dieser Art Forderungen abzulehnen. Denn so lange für höchst unproduktive Zwecke, wie beispielsweise das Militär, Unsummen ausgeworfen werden, haben die Regierungen kein Recht, die für produktive Zwecke erforderlichen Mittel zu verweigern.

Lezten Endes werden aber die Maßnahmen des Reiches und des Staates auch nur Palliativmittel sein. Die Ursache der Arbeitslosigkeit wurzelt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ehe sie nicht durch eine sozialistische Umwälzung, wird immer wieder das Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise sich von Zeit zu Zeit erheben und große Massen als Opfer fordern. Der Sturz der Regierung und alle Mittel, die dazu geeignet sind, anzuwenden, muß darum Aufgabe der Arbeitslosen sein. Die erste Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist indessen die Zusammenfassung des gesamten Proletariats. Die Kommunisten, indem sie die Arbeitslosen von der Gesamtarbeiterklasse spalten und die Spitze ihrer Waffe gegen einen anderen Teil der Arbeiterklasse richten, treiben eine verhängnisvolle Politik, die insbesondere wiederum die Arbeitslosen ins Verderben führt. Die Arbeitslosen tun deshalb gut, die Gesellschafter zu verlassen. Nur der gemeinsame geführte Kampf des sozialistischen Proletariats kann auch für die Arbeitslosen den Erfolg verbürgen.

Heuchelei und Drohung

Es war vorzusehen, daß die tumultuarischen Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag von der bürgerlichen Presse zu einer heftigen Debatte gegen die Arbeitslosen benutzt werden würden. Das ist denn auch eingetreten. Zwar wird zu vertuschen gesucht, daß es sich dabei um eine Abneigung der Bürgerlichen gegen eine Hilfe für die Arbeitslosen handelt. Scheinheilig wird von allen Zeitungen genau wie von den bürgerlichen Rednern in der Stadtverordnetenversammlung betont, daß man für die Not der Arbeitslosen volles Verständnis besitzt.

Das ist aber eine Heuchelei. Denn dieselben Parteien, die solche Erklärungen abgeben, haben dort, wo die Not der Arbeitslosen wirklich gemindert werden kann, — im Reichstag und in der Regierung — bisher allen Forderungen der Arbeitslosen hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. Die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien und der Regierung hat im Gegenteil die Not der Arbeitslosen wesentlich gesteigert. Es ist bedauerlich, daß dieser Gesichtspunkt in den Debatten des Stadtverordnetenparlamentes zu kurz gekommen ist. Aber das darf kein Anlaß sein, die Schuld der bürgerlichen Parteien, also auch ihrer Angehörigen im Stadtverordnetenparlament, nicht mit aller Schärfe zu brandmarken.

Im übrigen aber sei doch mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß die Schuld an der Zuspitzung der Erörterungen in der Stadtverordnetenversammlung vor allem den demagogischen Stabtrabanten und seine Freunde trifft. Er steigerte durch seine unerhörte provokatorische Rede die Aufregung, die ohnedies herrschte. Und die bürgerlichen Parteien, die ihre Zustimmung sein Verhalten billigten, haben deshalb immerlei Veranlassung, sich über den Ton aufzuregen, der später die Debatten beherrschte. Deshalb läßt uns auch die Drohung des „Berliner Tageblatts“, daß mit der Selbsthilfe der rechten Seite zu rechnen sei, und daß die für heute anberaumte Stadtverordnetenversammlung „eine sehr entschiedene Gegen-

aktion gegen den terroristischen Terror“ einleiten werde, vollkommen kalt. Wir wünschen, daß die Debatten der Stadtverordnetenversammlung ruhig und ordentlich verlaufen. Daß das aber bisher nicht geschehen ist, ist ebenso die Schuld der an der Zuspitzung des Konfliktes interessierten Reaktionen wie die der Kommunisten.

Die Weihnachtsbeihilfe für die Berliner Arbeitslosen

Die von der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag eingeleitete Kommission zur Beratung der Anträge betr. Weihnachtsbeihilfe für die Arbeitslosen trat am gestrigen Mittwoch zusammen und beantragte einen bezugsfähigen Ausschuss, am heutigen Donnerstag mit der Regierung über die Forderungen der Gewerkschaften zu verhandeln. Sollte die Regierung den Forderungen der Gewerkschaften näher treten, dann sollen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung beschließen, sofort ein Schickel — d. h. den Anteil der Gemeinde — der von der Regierung bewilligten Summe an die Arbeitslosen zur Auszahlung zu bringen.

Die Kommunisten, vertreten durch Ostrowski, haben daher, wie eine bürgerliche Korrespondenz meldet, in der Kommission ihren Antrag betr. Unterstützung der Arbeitslosen zurückgezogen.

Ein auffälliger Vorgang

Zersähenheit im kommunistischen Lager

Wie wir bereits mitteilten, hat auf dem Parteitag der Kommunisten Oberschlesiens der Vertreter der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Eberlein, in der Frage der Abstimmung in Oberschlesien die Parole ausgegeben, am Tage der Abstimmung Stimmzettel auszugeben mit der Aufschrift „Für die Sowjetrepublik“. Bei der Begründung seiner Parole berief sich Eberlein darauf, daß sie im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der dritten Internationale ausgegeben werde. Doch auch die Autorität der Moskauer Exekutive verfiel bei den polnischen Kommunisten nicht, die sehr energisch gegen die Parole der Zentrale auftraten und es schließlich durchsetzten, daß der Parteitag mit 50 gegen 47 Stimmen Stimmhaltung beschloß.

Dieser Beschluß, den auch wir nicht für glücklich halten, ohne allerdings der lächerlichen Parole der Kommunistischen Zentrale zuzustimmen, hatte die „Rote Fahne“ zu einem heftigen Vorstoß gegen die oberchlesischen Kommunisten veranlaßt. Es sei Aufgabe der deutschen Partei — schrieb sie — die oberchlesischen Genossen „zum Einhalten der Partei- und Exekutivebeschlüsse anzuhalten“. Die revolutionäre Disziplin verlange von den Genossen in Oberschlesien die Respektierung dieser Beschlüsse. Nun aber bringt es die „Rote Fahne“ in ihrer gestrigen Ausgabe fertig, den Vertreter ihrer eigenen Zentrale, Eberlein, vollkommen zu desavouieren, indem sie erklärt, „Seine Behauptungen auf dem oberchlesischen Parteitag entsprechen nicht den Tatsachen, da die Exekutive gar nicht in der Lage gewesen sei, die Parole auszugeben. Sie habe lediglich angelehnt der Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und polnischen Kommunisten den beiden Parteien empfohlen, sich über diese untergeordnete Frage selbst zu verständigen.“

Das Bild, das sich aus dieser Darstellung ergibt, ist recht bezeichnend für die Zersähenheit im kommunistischen Lager. Am 18. Dezember ist die „Rote Fahne“ vollkommen mit Eberlein einverstanden, daß die auf dem oberchlesischen Parteitag im Einverständnis mit der Moskauer Exekutive ausgegebene Parole trotz des Widerstandes der polnischen Kommunisten befolgt werden müsse. Vier Tage später jedoch leugnet sie glattweg, daß die Exekutive mit dieser Parole etwas zu tun habe, und gibt den Vertreter der Zentrale nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern beschuldigt ihn auch, daß er auf dem Parteitag eine völlig unrichtige Darstellung gegeben habe.

Wenn wir die an die oberchlesischen Kommunisten ausgegebene Parole der Zentrale als eine lächerliche Komödie bezeichnen haben, erklärt diese Kennzeichnung durch die wiedergegebenen Vorgänge in den „führenden Kreisen“ der kommunistischen Partei nur noch eine weitere Bestätigung.

Ausverkauf in Rußland

Erweiterung der russischen Konzessionspläne

Wie dem Helsingforsker Berichtsblätter des Ost-Express von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll der Rat der Volkskommissare beschließen haben, bei der Vergebung der Konzessionen dem ausländischen Kapital nicht nur die Ausbeutung der Wälder und Bodenschätze zu überlassen, sondern auch Konzessionen zu vergeben, die alle Industriezweige umfassen. Ferner sollen diese Konzessionen nicht nur auf die Randgebiete beschränkt bleiben, sondern sich auch auf zentralere Gebiete erstrecken. Die Sympathien, welche die Sowjetreise besonders den holländischen, und teilweise den schwedischen Konzessionsbewerbern entgegenbringen, weil diese der Sowjetregierung gegenüber eine größere Loyalität bekundet haben, sollen die Kapitalisten nicht ausschalten, daß sich bei der Verfassung der Kapitalisten auch Angehörige anderer Staaten beteiligen.

Im Zusammenhang mit der Konzessionsfrage wird nun auch die Frage nach der Nähe der Weltrevolution in kommunistischen Kreisen lebhaft erörtert. Die Petersburger „Wjedneta“ (Armut) bringt eine Entgegnung auf Zuschriften aus dem Exerzente, welche die Meinung ausprechen, daß der Rat der Volkskommissare die Bevölkerung hinter sich nicht führe, indem er den Ausbruch der Revolution im Westen verleihe. „Und da die Weltrevolution ausbleibt“, so äußern sich die Stimmen der Leser, „so können wir allein nicht handhaben; das Kapital wird uns erdrücken.“ Die Zeitung erwähnt ihre Leser sich zu gedulden, und sagt, daß die Revolution bereits herantreibe und zum Durchbruch dränge; ein Hindernis seien die sozialistischen Kompromisse. Die Petersburger „Prozoda“ äußert sich über denselben Gegenstand und legt dar, das Leben beweise, daß die Revolution allmählich im Anmarsch sei. „Wir haben nicht verzweifelt“, schreibt das Blatt, „daß die Revolution morgen da sein werde.“

Kronprinzliche Sehnsucht

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Rotterdam hat der ehemalige deutsche Kronprinz die holländische Regierung um die Erlaubnis ersucht, den niederländischen Boden verlassen zu können. Der Kronprinz hat schon vor Wochen in einem Brief an einen Freund von seiner Sehnsucht nach Gebirgsluft und Gamsjagd geschwärmt. Er drückte seine Besorgnis über die Fortschritte der Reaktion in Deutschland aus, hoffte, daß sein „Vater“ Knappe bald wieder den Thron besteigen werde und daß dann auch für ihn bessere Zeiten anbrechen würden. Vielleicht hält er, bestärkt durch die neuesten Ereignisse, die Verhältnisse schon für so gereift, daß er glaubt, die Vorbereitungen für einen Aufenthaltswechsel treffen zu können. Er mag sich vor Ent-

täuschungen hüten. In Deutschland ist kein Platz mehr für ihn und die Seinen. Wenn er sich aber in dem Lande „mit den Kühen und den Bewohnern mit den Klauerbeinen“ durchaus nicht mehr wohlfühlt, soll er nach Graubünden gehen, in jenes Land, von dem Franz Kafka in Schillers „Räubern“ sagt, daß dort das rechte Spitzbüdenklima sei. Vorausgesetzt, daß ihn die Graubündener haben wollen.

„Etappe Gent“ vor Gericht

Der „verkappte Majestätsbeleidigungsprozeß“

Der Verfasser des soeben erschienenen Buches „Etappe Gent“, der Redakteur Heinrich Wandi, stand vorgestern als Angeklagter vor der Strafkammer des Landgerichts I in Moabit. Er hatte in einem seiner Buchkapitel, das die Begründung der feindlichen Spionage durch deutsche Offiziere schildert, auch die Persönlichkeit und „kriegerische“ Tätigkeit eines Prinzen Heinrich von Reuß glosiert, der 1917 eine Zeitlang als Ordnungsoffizier beim Armeekorpskommando 4 in Thiel gewesen sein soll. Dieser Prinz habe, während seine Landesfinder an der Front gebüht hätten, in der sicheren Etappe geschäftigt und unter anderem einmal eine Aftenmappe, die äußerst wichtige Geheimbefehle des Armeekorpskommandos enthielten hätten, in einer Genter Bordellbar, der sogenannten „Citra“, am Kontor liegen lassen. Er habe dort mit der sogenannten „Roten Tüte“ posiert und sei des süßen Weines so voll gewesen, daß er darnach das Bordell in wenig majestätischer Haltung verlassen hätte. Die Mädchen der Bar seien aber ehrlich gewesen, sie hätten die Geheimbefehle nur abgelesen und ihren Inhalt der beiden Genter Dessenlichkeit mitgeteilt, die Missionen selbst aber nach zwei Tagen bei der Etappeninspektion abgeliefert.

Staatsanwaltschaftsrat Gerlach hatte öffentliches Interesse angenommen und gegen den Verfasser wegen Beleidigung durch die Presse — einzelne Ausschritte des Buches sind in der „Freien Presse“ erschienen — geflagt. Prinz Heinrich von Reuß XXXVII war als Nebenklager zugegen, ebenso sein Rechtsanwalt Dr. Danziger. Von der Verteidigung waren der damalige Etappeninspekteur der 4. Armee, General der Kavallerie Wolfgang von Unger aus Charlottenburg und sein früherer Adjutant, Major Eschenhardt vom Rittergut Alexanderdorf bei Spereberg als Zeugen geladen worden. Beide Herren, die natürlich aus ihrer Haut als alte Offiziere nicht herausgingen, gaben zu, daß sich solche Dinge, wie sie der Angeklagte in seiner „Etappe Gent“ geschildert hat, auch wirklich zugetragen haben. Im besonderen bestätigte Major Eschenhardt eidlisch, daß ihm der geschilderte Vorgang in dem Genter Bordellbar „Citra“ wohl bekannt wäre, daß er sich aber des Namens dieses „prinzlichen Helden“ nicht mehr entsinnen könne.

Der Angeklagte stellte das Ersuchen auf Ladung weiterer Zeugen, unter denen sich unter anderen ein maßgebender Offizier der einstigen Etappenkommandantur Gent und ferner ein Feldwebel, ein Unteroffizier und die deutsche Besitzerin der erwähnten Bordellbar befanden.

Staatsanwaltschaftsrat Gerlach, der während des Krieges selbst einmal Etappenkommandant gewesen war, beantragte am Schluß seiner Ausführungen, nachdem der Prinz unter Eid ausgelagt hatte, daß er sich zur fraglichen Zeit nicht in Gent befunden habe, sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Walter Bahn, der Verteidiger des Angeklagten, protestierte zu Beginn seines Plädoyers energisch dagegen, daß der Staatsanwalt Gerlach in diesem Falle ein „öffentliches Interesse“ annehme. Prinz Heinrich von Reuß XXXVII sei auch nichts weiter als eine Privatperson, wie der Bäcker Schulze oder der Schneider Müller. Er erklärte ferner, daß er in diesem verkappten Majestätsbeleidigungsprozeß in erster Linie gezwungen sei, unter Beweis zu stellen, daß die in der „Etappe Gent“ geschilderten Vorgänge tatsächlich so abgelaufen hätten, wie sie der Verfasser dargestellt hätte, nur mit dem Unterschiede, daß es sich in Wirklichkeit nicht um den lebenundbrechtigen Prinzen Heinrich von Reuß handelte. Der Angeklagte sei das Opfer eines Irrtums geworden.

Der Angeklagte selbst erklärte, daß er für die Wahrheit seiner Ausführungen in der „Etappe Gent“ nicht nur einzelne, sondern viele Hunderte von Zeugen zur Verfügung habe. Darunter auch aktive Offiziere. Aber er fühle, daß er vor diesem Gericht, dessen einer Richter das Wort „Etappenklatsch“ in die Verhandlung geschleudert habe, von einer feindseligen Atmosphäre umgeben sei, das die anderen 152 in der „Etappe Gent“ namentlich angegriffenen Offiziere, die nicht gegen ihn geklagt hätten, an ihm rächen wollen.

Das Gericht erklärte, daß es als wahr unterstelle, daß der Angeklagte aus ethischen Gründen und im guten Glauben gehandelt habe, es handele sich aber um eine äußerst schwere Beleidigung, die die Verhängung einer Geldstrafe ausschließe. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Der Angeklagte, der gegen das Urteil sofort Revision eingeleitet hat, hat gegenüber dem Pressevertreter erklärt, daß dieser „verkappte Majestätsbeleidigungsprozeß“ vor einem Gericht geführt worden sei, das ihn unwillkürlich an eine Kriegsgewaltigtung in der „guten alten Zeit“ erinnert habe. Es hat Recht gehabt!

Aus der Wirtschaft

Kohlenproduktion im Ruhrrevier

Die Kohlenproduktion im Ruhrrevier ist auch im Monat November weiter gestiegen. Sehr beeinträchtigt wird die Ruhrkohlenproduktion durch die mangelhafte Waggongestellung. Am 17. Dezember allein fehlten über 8000 Waggons. Auf verschiedenen Zeichen des Ruhrreviers sind die Kohlenhalden derartig mit Kohlen angefüllt, daß nicht mehr gestürzt werden kann. Auf der holländischen See „Westholt“ in Buer (I. W.) mußten im Monat Dezember bereits drei Feuerschiffe wegen mangelnder Kohlenabfuhr für die ganze Belegfrist eingelegt werden. Gegenwärtig lagern im Ruhrrevier über 1/2 Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden. Zugleich müssen die Arbeiter anderwärts die Arbeitsstätten verlassen, müssen wegen Mangel an Kohlen arbeitslos werden. Kinder frieren in den Wohnungen, die Mütter hocken und warten mit Schmerzen auf einen Eimer Kohle, damit sie ihr langes Mittagmahl zubereiten können.

Die Ruhrkohlenproduktion nähert sich stark der Produktion des Friedenslandes im Jahre 1913. Auf die einzelnen 11 Monate im Jahre 1920 verteilt sich die Produktion der Kohle so:

Monat	Produktion in 1000 T.	oder 284 875 T.	arbeitstäglich
Januar	6 680 000	„	„
Februar	6 380 000	„	286 511
März	6 400 000	„	286 951
April	6 510 000	„	271 314
Mai	7 000 000	„	305 043
Juni	7 450 000	„	304 348
Juli	7 580 000	„	280 154
August	7 290 000	„	280 445
September	7 500 000	„	291 940
Oktober	8 100 000	„	311 500
November	8 031 711	„	329 800

Im November 1913 betrug die Monatsproduktion 8 232 270 Tonnen.

Die Hungersnot in China. Die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“ teilt mit: Der Vize der schwedischen Mission in China Magnus Höganer teilt auf Grund von Berichten der Missionare über die Hungersnot in China mit, daß namentlich die Provinzen Szechuan, Schantung, Schan, Szechuan und Honan, die von etwa 30 Millionen Menschen bewohnt seien, von der Hungersnot betroffen seien. In diesen Gegenden sei ein ganzes Jahr lang kein Regen gefallen. Zur Zeit lebt die Bevölkerung von Gras und Wurzeln.

Das Schicksal der Fünf-Goldmarkprämie

Die Kesseltage haben die unabhängigen Abgeordneten Weyer und Grell einen Antrag über die Verwendung der Goldmarkprämien aus dem Kohlenlieferungen an die Entente eingebracht. Zu dem gleichen Thema gehen uns von unterrichteter Seite folgende wichtige Darlegungen zu.

Am 16. Juli wurde in Spa vereinbart, daß Deutschland für jede an die Entente gelieferte Tonne Kohle eine bar zahlbare Prämie von 5 Goldmark zur Anschaffung von Lebensmitteln für die deutschen Bergarbeiter und außerdem sogenannte Vorschüsse in Höhe der Differenz bis zu dem weitaus höheren Weltmarktpreise der Kohle erhalten soll.

Die Lieferungen setzten gleich gut ein, sie wurden sogar etwas überschritten. Woher dieses Wunder? Der Ausschuss des Unternehmertums, genannt deutsche Regierung, hatte nämlich entdeckt, daß man mit den Goldprämien und Vorschüssen eine sehr lästige Verpflichtung loswerden könne. Aus der Verrechnung der sogenannten Vorkriegsschulden, die aus der gegenseitigen Beschlagnahme feindlicher Vermögen erwachsen waren, war Deutschland gezwungen, zu zahlen und da es sein Papiergeld dafür nicht gut los werden konnte, zahlte es mit den Goldprämien und Vorschüssen auf Kohle.

Das ging eine ganze Weile. Dann entstand Unruhe in der Bergarbeiterschaft und am 24. November erwiderte der Außenminister Simons auf eine Anfrage über die Verwendung der 5-Goldmarkprämie (nach dem amtlichen Stenogramm):

„Es war doch durch diese Vorschüsse und durch die Goldprämien zum ersten Male für uns die Möglichkeit gegeben, daß wir die Lebenshaltung unserer Arbeiter notwendigen Bezüge von Lebensmitteln aus dem Auslande nicht mehr durch bloße Papierinflation, sondern durch auswärtige Devisen bezahlen konnten. Und diese Funktion der Vorschüsse und der Prämien ist dadurch unmöglich gemacht worden, daß gleichzeitig unsere Gegner bestanden haben auf der Barauszahlung in fremden Devisen derjenigen Salden, die bei der Verrechnung der Forderungen von der Vorkriegszeit zu unseren Ungunsten entstanden.“

Der Minister geht dann weiter im einzelnen auseinander und wiederholt, daß die Hoffnung, die damals in Spa auf Goldprämie und Kohlenvorschuss gesetzt wurde, nicht erfüllt worden sei.

Die Beunruhigung unter der Bergarbeiterschaft ging natürlich weiter. Am 3. Dezember gab deshalb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 582, „authentische Zahlen“ und behauptete, daß „bisher“ Frankreich an Goldmarkprämie bezahlt habe: 19,1 Millionen Francs, Belgien 5,8 Mill. Belg. Francs. Ferner behauptete die „D. A. Z.“, daß der Gegenwert der gezahlten 5-Goldmarkprämie mit 115,3 Mill. Papiermark restlos für Ernährungszulagen an die Bergarbeiter verwendet worden sei, ja, daß die Regierung bereits erheblich höhere Beträge dafür aufgewandt habe.

Also der Minister behauptete, daß die beabsichtigte Funktion der Goldmarkprämie durch unsere Gegner „unmöglich“ gemacht worden sei und die „D. A. Z.“ erklärt authentisch, daß für die Bergarbeiter schon mehr aufgewandt worden sei, als rechnungsmäßig nötig wäre.

Diese „authentische Zahl“ von 19,1 Mill. Francs von Frankreich bis 3. Dezember ist un wahr. 19,1 Mill. Francs sind bezahlt allein im August, im September sind bezahlt 17,6 Mill. Francs, und im Oktober 20,767 Francs. Insgesamt für die ersten drei Monate 47,467,000 Francs, dazu treten noch die Prämien von Belgien und Italien.

Der nicht behobene Widerspruch dieser Tatsachen mit der amtlichen Erklärung des Außenministers wird noch deutlicher durch die Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth am 4. Dezember in einem Interview, daß sowohl die 5-Goldmarkprämie als auch die Kohlenvorschüsse restlos zum Ankauf von Lebensmitteln im Auslande verwandt werden. Am 9. Dezember gab es eine neue amtliche Beruhigungsnote, wonach seit dem August monatlich durchschnittlich 124 Mill.

(Papiermark) zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter aus den Goldmarkprämien „besonders“ aufgewandt worden seien.

Etwa zur gleichen Zeit trat aber der französische Ministerpräsident Legeres in Paris vor dem Kammerausschuss für auswärtige Angelegenheiten mit einer Behauptung hervor, die den Erklärungen des Außenministers Simons und des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ebenso widerspricht, wie unsere oben mitgeteilten Zahlen über das, was die Franzosen bis 3. Dezember gezahlt haben sollen und in Wirklichkeit bezahlt haben. Im Pariser Kammerausschuss wurde behauptet:

„daß von den großen Vorschüssen der Alliierten an Deutschland zum Zweck der Verbesserung der Ernährungsverhältnisse der Ruhrbergleute, nichts zu dem gedachten Zweck verwendet worden sei. Es wurde im Gegenteil der Nachweis geführt, daß diese Summen zu Transaktionen des deutschen Finanzministeriums verwendet worden waren, die nicht nur Deutschland zu gute gekommen sind. Der Ministerpräsident Legeres erklärte vor dem Ausschuss, daß Deutschland zweifellos seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, und führte weiter aus, daß Frankreich in seinem Budget für 1921 für diese Vorschüsse Summen eingestellt hätte, die sich auf viele Milliarden Papiermark belaufen würden. Er wies darauf hin, daß dieser Zustand nicht fort-dauern könnte.“

Wie steht es deshalb in Wirklichkeit mit der Verwendung der 5-Goldmarkprämien für die bessere Ernährung und Bekleidung der Bergarbeiter? Im Sinne des Abkommens von Spa hat in Essen mehrfach eine internationale Kommission gelangt, aus deren längeren Protokollen hervorzuhelien ist, daß der belgische Rat Labouliere persönlich die Anregung gab, die Bergarbeiterverhältnisse in den Wohnungen und auf den Zechen selbst zu studieren und später anfragte, was in der Bekleidungsangelegenheit der Bergleute geschehen könnte, er würde mit Vergnügen einen diesbezüglichen Vorschlag in Empfang nehmen, denn es habe ihn schmerzlich berührt, zu konstatieren, in welcher trauriger Verfassung sich die Bergleute in Punkte der Bekleidung befinden. Der deutsche Vertreter, Bergrat Kühne, hat aber darauf keinen Vorschlag unterbreitet.

Der Sachverständigenbericht dieser Kommission vom 24. September redet dann ein Langes und Breites davon, daß für Schwerstarbeiter (d. h. bei Ueberschichten) der Kalorienbedarf mindestens 3800 pro Tag beträgt, fügt aber am Ende hinzu, daß eine Zuführung über die bestehenden Kalorienmengen hinaus geboten erscheint, weil die in Deutschland verausgabten Lebensmittel zum großen Teil minderwertig seien und deshalb nicht die bei der Berechnung verwandte Kalorienzahl enthalten. Die Arbeiter haben nicht ohne Humor erklärt, sie wollten keine Kalorien, sondern sie wollten Brot und Speck und gutes Brot und genügend Kartoffeln haben. U. a. hat auch der Abg. Pieper (U. S. P.), Mitglied der Essener Kommission, Rundfragen bei den Betriebsräten über den als notwendig erachteten Bedarf veranstaltet. Man kann diese interessanten Ergebnisse hier nicht im einzelnen wiedergeben. Sie ergaben, daß für die Schwerstarbeiter 3687 Kalorien verlangt werden, was auch zulässig ist, da die Sachverständigenkommission in Essen 3800 Kalorien „mindestens“ gefordert hat und da ausdrücklich anerkannt wurde, daß die Bergarbeiter selbstverständlich ihre Familien mit versorgen.

Von all den schönen Sachen haben die Bergarbeiter aber aus dem Abkommen von Spa gegen früher nur mehr erhalten: 200 Gramm Förderspeck die Woche, ferner 1 Pfund gute Weitzurst zu einem um die Hälfte ermäßigten Preis, außerdem Hemdentuch zu 33 1/2 Prozent ermäßigt, auch Schuhe für 165 M. Eine rohe Schätzung ergibt, daß die den Bergleuten dadurch gewährten Vergünstigungen die Erträge aus der 5-Goldmarkprämie nicht erschöpfen, daß ein großes Loch klafft, daß auch hier etwas sehr sauer ist.

Die unmittelbar an der Sache interessierten deutschen Bergarbeiter haben anfänglich die Angelegenheit ruhig hingelassen, jetzt aber hat sich ihrer eine große Unruhe bemächtigt. Aber warum haben auch die Betriebsräte der Bergarbeiter nicht schon in den ersten Augusttagen ver-

langt, daß ihnen amtlich laufend Bericht gegeben wird über die Eingänge aus der 5-Goldmarkprämie und volle Kontrolle über die Verwendung derselben zugelassen wird? Diese Kontrolle ist dringend notwendig. Denn die gesamte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß die Ernährungs- und Bekleidungsverhältnisse der Bergarbeiter wesentlich verbessert werden, weil davon die Erhöhung der Kohlenproduktion und die bessere Versorgung der deutschen Industrie mit Kohle abhängt.

Groß-Berlin

Umsteigeverkehr und Ein-Mark-Tarif

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn berätet gegenwärtig über die verschiedenen Reformen, die in den Betrieb vorzunehmen sind. Dazu gehört in erster Linie eine Umsteigegleichheit innerhalb des Straßenbahnnetzes. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Plan in der Verkehrsdeputation eine Mehrheit finden wird. Man will durch die Einführung von Umsteigegleichheiten die Rentabilität des Straßenbahnunternehmens heben. Hingegen sind die leitenden Personen in der Verwaltung der Straßenbahn nicht genehm, den angeregten Tarifreformen wieder einzuführen. Man verspricht sich davon keine wesentliche Erhöhung des Verkehrs, glaubt vielmehr, daß das Unternehmen dann unrentabler werden und eine weitere Erhöhung des Fahrpreises stattfinden muß. Ueber die Frage, ob der Straßenbahntarif auf eine Mark erhöht werden muß, ist noch nicht endgültig entschieden worden. In der Verwaltung der Straßenbahn glaubt man, mit dem 80 Pfennig-Tarif weiterhin auskommen zu können, aber die allgemeine ungünstige Finanzlage der Stadt macht auf der anderen Seite die Einführung des Ein-Mark-Tarifes notwendig. Ob er in Sälde kommen wird, hängt wesentlich von dem Schicksal ab, das die neuen Steuerentwürfe des Magistrats in der Stadtverordnetenversammlung erfahren werden. Noch ist keineswegs für alle Projekte des Stadtkämmerers eine Mehrheit vorhanden.

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte

Die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Berlin-Mitte, welche am Montag im Bürgeraal des Berliner Rathauses tagte, hatte die Wahl von zwei äußerst wichtigen Ausschüssen vorzunehmen; einen Ausschuss, der die Wahl der Bezirksamtsmitglieder vorzubereiten hat und einen zweiten, dem die Vorbereitung der Wahlen der Ehrenbeamten des Verwaltungsbezirks und die Verteilung der Bezirksverordneten auf die Stadtbezirke obliegt.

Bei der eigenartigen Konstellation — die Versammlung besteht aus 31 Sozialisten und 39 Bürgerlichen — ging es nicht ohne harte Zusammenstöße ab. Andere Fraktion hatte durch den Genossen Schneider beantragen lassen, daß die Ausschüsse aus 13 Mitgliedern bestehen sollten und sich demzufolge aus 7 Sozialisten und 6 Bürgerlichen zusammensetzten. Die Rechte des Hauses widersprach und erhob Anspruch auf paritätische Zusammensetzung. Nachdem mehrere Abstimmungen über den 1. Ausschuss infolge von Stimmengleichheit ergebnislos verlaufen waren, gab man auf der bürgerlichen Seite nach. Zwei Mitglieder der Rechten stimmten für unseren Antrag. Derselbe Kampf wiederholte sich bei der Wahl des 2. Ausschusses. Nachdem sich auch hier bei der Auszählung Stimmengleichheit ergeben hatte und sowohl für die eine wie auch für die andere Richtung keine absolute Majorität zustande kam, wurde die Geschäftsordnung und die Städtordnung zur Lösung herangezogen. Der Vorsitzende, der Genosse Paul Brandel, konnte sich mit anerkanntem Wert Objektivität den Anträgen, die von bürgerlicher Seite ihm gegenüber erhoben wurden, durchsetzen. Seine Stimme gab den Ausschlag. Da die Ausschüsse, die in den nächsten Tagen ihre Arbeiten beginnen, eine sozialistische Mehrheit aufweisen, werden auch die Wahlen der Mitglieder des Bezirksamtes so vorbereitet, daß eine sozialistische Mehrheit in demselben gesichert ist. Eine harte Arbeit steht allerdings noch bevor. Das selbe Ringen, daß sich bereits bei den Wahlen der Ausschüsse abgezeichnet hat, wird sich logischerweise bei der endgültigen Wahl der Bezirksamtsmitglieder wiederholen. Deshalb ist es dringend notwendig, daß kein Mitglied der sozialistischen Fraktionen des Hauses an diesem Tage fehlt. Die Situation wäre schon am Montag für uns günstiger gewesen, wenn die Fraktionen der S. P. D. und A. P. D. ebenso vollständig wie die der U. S. P. D. vertreten gewesen wären.

Zsmer

Erzählung von Julius Levin

(A. Fortsetzung) Zsmer hoffte noch auf ein Schimpfwort, das ihm die Erlösung gebracht haben würde. Aber es traf nicht ein. Und so mußte er sich denn wohl oder übel damit zufrieden geben abzuschließen.

Zu einem Gespräche anderer Art, als über die nötigsten Dinge, schien es überhaupt nicht mehr kommen zu wollen. Auch Marie tat Zsmer nicht den Gefallen, den Unfrieden seines Hauses zu tören.

So war denn bei Zsmer alles tot.

Selbst der Sonntag hatte schon seit langem keine Gelegenheit gebracht, die Einigkeit wieder herzustellen. Wenn Emilie nach der früher besonders ausgiebigen, jetzt doppelt reinlichen Nacht vom Sonnabend zum Sonntage aufgestanden war, den Kaffee besorgt und rein gemacht hatte, ließ Zsmer sie sich ruhig anziehen. Wollte sie ausgehen konnte sie es seinetwegen tun. Bis Mittag natürlich nur, und nachdem sie das Essen richtig vorbereitet hatte. Denn darauf hielt Zsmer. Etwas wenigstens wollte er von seinem Verheiratetsein haben. Und, wenn er Emilie fütterte, so mußte sie auch etwas dafür tun.

Am Nachmittag ging dann Emilie ohne sehr umständlich Abschied zu nehmen, aus. Zsmer aber begab sich an seine kleinen, leichten privaten Liebhaberarbeiten, besonders an Paneelbretter, die in der Nachbarschaft anfangs reichlichen Absatz gefunden hatten, und von denen er auch dann und wann einmal eines einer Dame schenkte, als Huldigung oder an Stelle einer bescheidenen Anfrage danach, ob sie mit ihrem Manne zufrieden, und inwiefern Aussicht vorhanden wäre, seine Stelle bei Gelegenheit auszufüllen. Die Paneelbretter seine Stelle bei Gelegenheit auszufüllen. Die Paneelbretter taten nur selten ihre Wirkung. Seitdem Zsmer sich an Emilie so stark vergriffen hatte, daß alle Welt von der Gemüthsseite wissen mußte, spielte er mehr die Rolle eines zwar nicht offen verpörrigten, aber doch latissam gekennzeichneten Sahnreises, als diejenige eines ernstlich n Betracht kommenden Verführers, auf die es ihm vor allen Dingen ankam. Deshalb hatte er auch bald mehr Paneelbretter, als er unterbringen konnte, und jedes, das er wegstellen mußte, bedeutete für ihn eine untergegangene Hoffnung.

Nichtsdestoweniger wachte er ziemlich genau, wieviel er davon hatte, oder vielmehr deshalb. Jedes dieser Stücke war mit einer Art unsichtbaren Namen gezeichnet. Das war mit einer Frau Baepfe aus der Linienstraße, das andere eine war ihm Frau Baepfe aus der Linienstraße, das andere

Fräulein Minna, ohne Vatersnamen, kurzweg; ein drittes Lieschen Schlenkrich, und so weiter, je nach Person, bei der er mit seinen Liebesanträgen, sei es mit reeller, sei es mit unreeller Absicht, abgeblitzt war. Schließlich aber war er doch außerstande, seinen Vorrat zu übersehen, und er hätte nicht gemerkt, daß ihm eines fehlte, wenn es nicht einen großen Ast im Holze gefehlt hätte. Dies Paneelbrett war abhanden gekommen, und Zsmer konnte sich schon denken, wohin es gewandert war, da offenbar nur Emilie es genommen haben konnte. Natürlich hatte sie es dem Fritzen zum Geburtstag geschenkt. Und seitdem hatte er den Fritzen noch mehr als früher, ohne darum von Emilie richtig lassen zu können. Vielmehr verfolgte er sie sehr eifrig mit seinen Anträgen, die schließlich dann und wann Erfolg hatten, besonders nachdem er mit der Drohung hervorgetreten war, er würde ihr kein Wirtschaftsgeld mehr geben, da sie ihn zwänge, zu den Mädchen zu gehen, die er bezahlen möchte. Ob sie eine Ahnung hatte, woher denn das ganze Geld kommen sollte?

Wenn er dann nach solchen Worten Emilie unter den Augenhöhlenbögen her anstarrte, mit einem Blicke, in dem sich Begehrlichkeit, Hohn und Drohung um den besten Platz stritten, dann konnte er mit Genugtuung bemerken, wie sie mit einem gewissen Abscheu bei sich zu Rate zu gehen begann, und eine Art tierisch ergebenes Lächeln auf ihrem bald erlöschenden bald erblasenden Gesichte ihm die Gewißheit brachte, daß seine Darlegungen etwas zwingendes, überwältigendes hatten. Und, wenn es dann vorbei war, lächelte sich Zsmer ins Häufchen, weil er es dem Fritzen nun einmal ordentlich gezeigt hatte.

Da kam die Mobilmachung. Jetzt wurde es Ernst. In der Werkstätte war schon lange davon eifrig gesprochen worden, daß „der Serbe“ an dem ganzen Unglück schuld ist. Der lange Emil, dessen Schwager Unteroffizier bei der Garde war, hatte ihm gesagt, im großen Generallstab wäre man nicht ohne Sorge. „Et riecht brenzlich“, meinte er, indem er die Nase hochzog.

Zsmer zweifelte keinen Augenblick an der Eröffnung der Feindfeindschaften. Das Hin und Her der diplomatischen Verhandlungen machte auf ihn nicht den geringsten Eindruck. Er war bereit. Vielmehr wünschte er den Krieg. Sah Zsmer eine Befreiung?

Am dritten Mobilmachungstage rückte er aus. Er war in diesem Augenblicke fest überzeugt davon, daß er nicht wieder kam.

Die Zeit bis zum Austrücken war wenig schön gewesen.

Emilie hatte zwar Augenblicke der Hingebung gehabt und auch für alles wie irgend möglich gesorgt, aber das, was Zsmer im Grunde seines Herzens am lebhaftesten gewünscht hätte, die wahre Veröhnung, blieb aus.

Nach langer Abwesenheit war sogar Marie wieder erschienen, nicht ohne den Kopf etwas ängstlich vorzuschieben, als ihr Emilie die Türe öffnete, aber freundlich aufgenommen, da Zsmer gänzlich in den Gefühlen der Veröhnung und Liebe aufging, die im allgemeinen das Zeichen vollster Gleichgültigkeit gegen Zukunft und Schicksal sind.

Ja, Zsmer fühlte tief im Herzen, er würde nicht wiederkommen!

Er mußte nicht recht genau, ob er so fühlte, weil er so wollte, oder weil er so mußte. Aber, als er aus der Tür ging mit einem kurzen Kuße von Emilie und einem beschwetterten von Marie, da krieg ihm etwas in die Kehle, das an Bitternis alles übertraf, was er bis dahin sich hatte vorstellen können. Er trampelte die Treppe entlang, ohne sich noch einmal umzusehen, und unten lief er beim Portier vorbei, der nicht Zeit genug gehabt hatte, aus dem Hinterraum hervorzustürzen. Zsmer verabschiedete ihn mit Willen. Er hatte den Menschen, der über alle und alles im Hause räsonierte, niemals recht leiden können. Er hatte auch ihn, Zsmer, stets so speißig an angesehen, besonders seit dem großen Kraach mit Emilie. Uebrigens behauptete man, er wäre ein entfernter Verwandter des Fritzen und wählte auch sonst Befehd. Zsmer wollte ihm unbedingt nicht das Vergnügen machen, daß er ihn womöglich tröstete. Er dachte sich vielmehr, als er an dem kleinen Fenster der Loge vorbeiguckte: „Na wart man, du Hund!“

Dieser Gedanke raffte Zsmer, der sich selbst ein wenig auseinandergehen fühlte, merkwürdig zusammen. Da ihm dieser Gedanke kommen konnte, ja er, daß ihm doch noch nicht klar genug war, er würde nicht zurückkehren. Er fuhr sich mit der Rechten ein wenig an die Wangen, wie um sich aufzuwecken. Er wollte sich jetzt um alles in der Welt nicht eintreten, er könnte den Krieg nicht überleben. Hätte Emilie ihn wenigstens herunterbegleitet, wenn sie auch schon nicht bis an die Kaserne mitkam, so wäre er denn doch noch ein wenig mit sich einig gewesen. Aber jetzt, wo sie oben geblieben war, was sie nicht hätte zu tun brauchen, wachte er, „was Sache ist“.

Und er stellte sich so lebhaft, wie es irgend ging, vor, wie Emilie sich benehmen würde, wenn es an den Fritzen kam zum Austrücken.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gas- und Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins ist wenigstens für die Feiertage gesichert. Daß die Kohlenlieferung Berlins in den Feiertagen nur sehr gering war, ist bekannt. Die vereinigten Hütten bilden das hauptsächlichste Hindernis der Schifffahrt. Da die Wehrförderung von Kohlen auf der Eisenbahn eine Verstopfung der Bahnhöfe verursachte, die wegen Mangel an Wagen nicht behoben werden konnte, sind in den letzten Tagen die Zufuhren nach Berlin noch geringer geworden, so daß eine Stilllegung der Gas- und Elektrizitätswerke drohte. Der Kohlenkommissar hat aber alle erreichbare Kohle nach Berlin dirigiert und hofft so über die Feiertage Berlin ausreichend mit der nötigen Kohle für die Gas- und Elektrizitätserzeugung versorgt zu haben.

Die künftigen Bureaus und Kassen werden am Weihnachtsheiligabend mittags um 1 Uhr geschlossen. Die Vertretungsstellen der Sparkasse für das Publikum wären an diesem Tage nur bis 12 Uhr. Am 27. d. M. bleibt die Sparkasse für den Verkehr für das Publikum gänzlich geschlossen.

Zusammenlegung von Protokommissionen. Die 125. Protokommission, Straßburger Str. 54 wird am 22. Dezember mit der 127. Protokommission vereinigt. Den Vorsitz der vergrößerten 127. Protokommission dorfselbst vereinigt. Die Eröffnung der vergrößerten 127. Protokommission findet am 31. Dezember statt. Den Vorsitz der vergrößerten 17. Protokommission hat Rektor Brügge mann. Die 29. Protokommission, Dissenbachstr. 51, wird am 30. Dezember nach Gräfe Str. 55-58 verlegt und daselbst mit der 28. Kommission vereinigt. Die vergrößerte 28. Protokommission eröffnet ihren Betrieb am 31. Dezember. Den Vorsitz führt Lehrer Seifke.

Warnung vor gefälschten Stempelmarken. In letzter Zeit sind in mehreren Hauptstädtern Einbrüche verübt worden, bei denen große Beträge an preussischen Landesstempelmarken in die Hände der Täter gelangt sind. Dies hat den Reichsminister der Finanzen veranlaßt, durch die Landesfinanzämter in Preußen alle Amtsstellen und Stempelverleiher ausdrücklich darauf hinzuweisen zu lassen, daß sie unter keinen Umständen von Privatpersonen preussische Stempelmarken antaufen dürfen. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister hat daher der preussische Minister des Innern bestimmt, daß diejenigen Stellen im Bereich der inneren Verwaltung, denen die Erlaubnis zur selbständigen Entwertung von Stempelmarken erteilt ist, die für ihren Gebrauch erforderlichen Stempelmarken nur bei der zuständigen Amtsstelle in einem Verkaufsstelle anzukaufen und von die er jedesmal eine Bescheinigung über die Zahl, die Art und die Wertbeträge der gekauften Stempelmarken zu verlangen haben.

Der Zustand der Bürgersteige ist augenblicklich derart, daß man sich Hals und Beine brechen kann. Der Polizeipräsident hat deshalb die Reviere erneut angewiesen, daß die Beamten zur Verhütung von Unfällen, namentlich auch der zahlreich vorhandenen Kriegsbeschädigten, auf strengste Durchsicht der Bestimmungen über die Schneebeseitigung und Streupflicht der Straßenanleger und auch auf die dauernde Freihaltung der Hydranten von Schnee und Eis zu halten haben. Gegen Säumige wird noch fruchtloser Verwarnung ungenügend Strafanzeige erstattet werden.

Eine unglückliche Ehe. Die 54 Jahre alte Frau Friederike Weich, die mit ihrem Ehemann schon seit längerer Zeit in Unfrieden lebte, versuchte gestern ihren Ehemann in der gemeinschaftlichen Wohnung, im Hause Hofmannstraße 40, während des Schlafes zu töten, indem sie die Gashähne aufdrehte. Nachbarsleute, durch den Gasgeruch aufmerksam gemacht, benachrichtigten die Polizei, die den bereits bewußtlosen Weich nach der nächsten Rettungsstelle brachte und Frau W. festnahm.

Wo? Ein Leichenfund, dem wahrscheinlich ein Verbrechen zugrunde liegt, wurde gestern mittag in der Blücherstraße gemacht. Hier wohnt in dem Hause Nr. 49 im Erdgeschoss am Hof in einem möblierten Zimmer ein 35 Jahre alter Schauspieler, Hermann Klieh, der an einem tiefsten Theater in kleinen Rollen auftritt. Dieser junge Mann ist enormal veranlagt und brachte öfter Burlesken mit in seine Wohnung, die vom Hof zugänglich ist. Dem Göttern schrieb Klieh einem seiner Freunde einen Brief, in dem er ihn bat, ihn bei der Beseitigung einer Leiche zu unterstützen. In seinem Zimmer lag die Leiche eines Mannes, die er auf die Straße hinausbringen wollte, damit es in dem anständigen Hause kein Aufsehen gebe. Als der Freund heute diesen Brief erhielt, ging er sofort zur Polizei. Beamte der Anstaltswache besahen sich nach dem Zimmer des Klieh und fanden dort die Leiche eines jungen Mannes in selbiger Uniform mit roten Aufschlägen und blauer Mütze. Sie lag auf dem Rücken vor dem Bett. Um den Kopf war ein Tuch gewickelt und mit Stricken befestigt. Von diesem Befund wurde die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt. Während der Hundst mit der Leiche

photographiert wurde, vernahm Kommissar Hoppe den Klieh. Wie dieser angab, traf er in der Nacht zum Sonntag um 1 1/2 Uhr vor seinem Hause einen ihm unbekanntem Soldaten, der ihn fragte, ob er noch mit der Straßenbahn nach Potsdam kommen könne. Als er ihm erwiderte, daß nach Potsdam keine Straßenbahn fahre, hat ihn der Soldat, ihn bei sich übernachten zu lassen. Dieser Bitte entsprach er. Der Soldat legte sich ins Bett, während Klieh sich auf einen Stuhl setzte. Am Sonntag früh nahm der Soldat, im Bett liegend, plötzlich seine Pistole und schloß sich eine Kugel in den Kopf. Klieh verband ihm den Kopf mit dem Tuch um eine Verblutung zu verhindern, der junge Mann starb aber bald. Um Aufsehen im Hause zu vermeiden befehlerte Klieh, wie er behauptet, die Leiche wieder mit den Uniformstücken, weil er gleich den Plan soigte, sie sobald als möglich nach der Straße zu schaffen. Weil er das allein nicht konnte, bat er seinen Freund um Hilfe. Diese Darstellung erscheint nicht glaubwürdig. Er wurde deshalb vorläufig festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Untersuchung der Leiche und die Ermittlungen im Hause sind noch nicht abgeschlossen.

Bewerkschaftliches

In die Arbeiterkassette Groß-Berlins

Seit etwa fünf Wochen stehen die Kollegen und Kolleginnen der Firma Optische Industrie-Gesellschaft, Schöneberg wegen Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes im Arbeitskampf. Es ist der Firma nicht gelungen, die Arbeit durch Streikbrecher aufrecht zu erhalten, nur einige dieser Elemente fanden sich bereit dazu. Die Firma möge auf solche Subjekte stolz sein, die Arbeiterkassette aber weiß auch diese Verräter zu würdigen. Bei einer Verhandlung in der Potsdamerstraße stellte die Firma die Behauptung auf, sie könnte 20 Prozent ihrer alten Leute nicht mehr einstellen, da sie genügend Kräfte eingestellt habe. Darauf wurde der betreffende Firma erklärt, daß die Leute erst nach dem Streik anfangen sollen. Dies stellte die Firma in Widerspruch. Wir sind nun in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen. 1. Bescheinigung:

Wir betrachten Sie ab ... November 1920 als ... bei uns eingestellt, jedoch mit Bezahlung vom Tage des Arbeitsbeginnes ab.

An welchem Tage Sie die Arbeit aufzunehmen haben, geht Ihnen schriftlich zu.

(Stempel)

Betriebsleitung B. Werner.

Weiter versucht die Firma, unter der falschen Flagge der Firma Werner, Brunnenstr. 53, Mechaniker, Justizier einzustellen, dann wurden die betreffenden Kollegen nach Schöneberg geschickt. Diese Firma Werner war einst eine Abteilung der O. J. G. und zwar die Verbringszücherei. Die O. J. G. verlor sich auf andere Weise die freilebenden Kollegen auseinanderzureißen, indem sie einen Mechaniker beauftragte, 20-22 Kollegen und Kolleginnen nach dem Friedenauer Rathauskeller zu einer Versammlung zu laden. Auf diese Weise wollte die Firma Arbeitsträfte haben. Auch dieser Plan ist der sauberen Firma durch die Wachsamkeit unserer Kollegen zu Wasser gegangen. Jetzt muß nun allerdings die Geheimesmaschine rangeholt werden. Als erste stellte sich die Sipo ein und erklärte den Streikposten, daß in der O. J. G. kein Streik ist, wenn sie mit diesen Schildern noch weiter Posten stehen, werden sie verhaftet.

Alles dies hat nicht gezogen, in solchem Kampf muß eben alles herangezogen werden. Es fand sich nun ein Herr Rechtsanwalt, der folgendes Schreiben verfaßte:

Im Auftrage der Optischen Anstalt Dige unterlage ich Ihnen hierdurch weitere Behinderung, Bedrohung oder Täuschung gegenüber Arbeitswilligen dieser Gesellschaft. Da Sie seit etwa drei Wochen entlassen sind, haben Sie mit meiner Auftraggeberin nicht mehr das geringste zu tun. Sollten Sie trotz dieser Warnung die genannten Handlungen fortsetzen, so wäre meine Auftraggeberin genötigt, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen Sie vorzugehen.

Hochachtungsvoll

Arthur Freitag, Rechtsanwalt.

Aber auch alle diese Maßnahmen müssen scheitern. Wir befinden uns doch in dem freiesten Lande der Welt, aber man sieht auch hier wieder, daß sich alles gegen die Arbeiterkassette verbündet. Darum appellieren wir noch einmal an alle Kollegen und Kolleginnen, das Solidaritätsgefühl hochzuhalten, zeigt, daß Ihr geschlossen mit den Streikenden für das elementare Recht kämpft, daß niemand zum Verräter an seinen Genossen wird.

Annahme des Schiedspruchs im Langgewerbe. Zum Reichstisch im Langgewerbe tritt der Deutsche Banfbeamten-Berein der „Dena“ mit, daß sowohl die beiden Angestellten-Organisationen als auch der Reichsverband der Banfleitungen den am 9. Dezember der gestellten Schiedspruch angenommen haben. Die Arbeitgeber haben jedoch daran die Forderung geknüpft, daß es bei den bisherigen Sätzen der Ueberstundenvergütung verbleibe, und daß die Hauszahlung nur den verheirateten Angestellten bewilligt werde. Der Schiedspruch sieht die Zahlung dieser Zulage auch an solche Bedienstete vor, die als einziger Ernährer eine gezielte Unterhaltungsansprüche von Familienangehörigen haben.

Der Schiedspruch für die Angestellten in der Metallindustrie. Der Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums, der am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. v. Köllner tagte, hat in später Nachtstunde einen Schiedspruch gefällt, der den Angestellten in der Metallindustrie eine Erhöhung des Grundgehältes um 60 M. pro Monat unter Beibehaltung des 110 prozentigen Teuerungszuschlages zubilligt. Gleichzeitig wurde den Angestellten die Erhöhung der Frauen- und Kinderzuschläge von 60 auf 100 M. bewilligt. Die Arbeitgeber hatten jede Gehaltserhöhung abgelehnt und sich lediglich zu einer Erhöhung der Familienunterstützungen bereit erklärt.

Arbeitslose Eisenbahner, welche im Deutschen Eisenbahner-Verband organisiert sind und sich der Kontrolle unterworfen haben, werden, soweit sie ihre Weihnachtsunterstützung noch nicht abgeholt haben, aufgefordert, dieselbe am Freitag, den 24. Dezember, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr in Empfang zu nehmen. Die Ortsverwaltung des D. E. V.

Mitglieder des Deutschen Bauarbeitersverbandes. Zur Kenntnisnahme, daß ab 1. Januar 1921 die Abstempelung in den Bezirksstellen aufhört. Anmeldung betr. Erwerbslosenunterstützung erfolgt Gormannstr. 18, Großer Saal. Die Abstempelung in den von Groß-Berlin eingerichteten Geschäftsstellen. Zu gleicher Zeit wird der Arbeitsnachweis für Maurer, Zementierer, Einbauer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter nach der Gormannstr. 13, Großer Saal verlegt. Nähere Einzelheiten werden in einem demnächst erscheinenden Flugblatt bekanntgegeben.

Der Vereinsvorstand.

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Trotz unserer schwierigen Geldlage ist es uns dank der Opferwilligkeit unserer Mitglieder möglich, den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen unter bestimmten Voraussetzungen eine kleine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Wir bitten unsere Mitglieder, dieselbe bis spätestens Donnerstag, den 30. d. M., unter Vorlegung des Mitgliedsbuches abzuholen. Die Ortsverwaltung.

Die Sammlung für die Kinder der Arbeitslosen hat bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse den Betrag von 4950,50 M. ergeben. An dieser Sammlung haben sich alle Angestellten, mit Ausnahme der Anhänger der Betriebsorganisation und der Kommunisten, beteiligt.

Stempellose Arbeiter und Arbeiterinnen des früheren N. E. Spandau, welche noch keine Uebertragungsgebühren erhalten haben, können sich mündlich oder schriftlich bei der W. U. in der V. 3. oder beim Unterzeichneten melden. In Frage kommen alle diejenigen Personen, die nach dem 9. November 1918, aber nicht nach dem 2. Juli 1920 entlassen sind. Als Nachweis dient Entlassungsbuch, Bescheinigung der nächsten Arbeitsaufnahme, Angabe des Gewerks, Ordnungsnummer und Wohnung, Albert Hofmann.

Aus den Organisationen

Die Bezirksleiterinnen der Kinderbeschäftigten der Arbeiterkassette haben sich morgen Donnerstag, den 23. Dezember, im Jugendamt, Zimmer 64, bestimmt einfinden.

2. Bezirk, Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigtenkommission. Donnerstag von 4-6 Uhr bei Hermanns, Erdstr. 28. Einfinden dringend notwendig.

7. Bezirk. Die haben für die eingetragenen Kinder der arbeitslosen Genossen werden heute bei Kollens, Vorlagener Str. 17, ausgegeben.

18. Bezirk. Alle Kinder der Arbeitslosen, welche heute von 3-5 Uhr bei Berleben, Outgubstr. 13 sich ein Sechser abholen.

Rechts. Die für die Weihnachtsübertragung vorgemessenen Kinder der Arbeiterkassette, die bei der geringen Bekämpfung nicht ausreichen werden, wollen ihre Einkünfte morgen Freitag, von 2-3 Uhr mit dem Genossen Harnisch, Bergerstr. 4, 1. Etage abholen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Gen. Kreisleiterin des Nationalsozialistischen Kampfes. Die Donnerstagabend-Veranstaltung der Sammelstellen beim Genossen Kollens. Am Samstag, 23. d. M., befindet sich Zusammenkunft der Besten. - Gruppe Osten. Heute 7 1/2 Uhr, 7. Kommandant Peterburger Str. 4 (Schule). Instrumente und Ueberbücher sind mitzubringen.

Geschäftliches

Wir verweisen unsere Leser auf das Folgende der Firma Franz Borowicz in der nachfolgenden Nummer, in welcher die Preisverhältnisse „Fenerhand“ und die Weihnachtsbeihilfen erklärt sind. Die Firma verlobt sich jedem Käufer am 23. und 24. Dezember einen Weihnachtskalender bestehend aus vier Stück prima Kalenderseite und einen Kalender von 1921 gratis.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Koblitz, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Koblitz, Berlin. Verlagsgesellschaft „Fenerhand“ G. m. b. H., Berlin. - Druck der „Fenerhand“ Druckerei G. m. b. H., Berlin. - Preis 20 Pf.



Eine besondere
Weihnachts-
Freude!

MASSARY

Zigaretten

Weihnachts-Angebote

größtenteils unter Anschaffungspreis, in modernen Streifenmustern, u. a. M. 115, 200, 175, 150, 125, 80.

Hosen	65.-
Westen	35.-
Morgenjoppen	170.-
Peize	1300.-
Knaben-Anzüge	65.-
Knaben-Ulster	85.-
Herren-Ulster	300.-
Herren-Paletots	400.-

BaerSohn

Keine Füllalien mehr

Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur



Die Gasversorgung ist gefährdet

legen Sie sich daher in Ihrem eigenen Interesse noch heute abend

unser Patentkarbidlampe „Fenerhand“ zu. Wer „Fenerhand“ kauft, hat stets Licht im Hause! Karbid ist billiger geworden. Sie brauchen nur 1/2 Liter Gasrechnung für Karbid zu zahlen!

„Fenerhand“ eignet sich auch vorzüglich als Weihnachtsgeschenk! Jeder Käufer erhält bei dem kleinsten Einkauf unseren Kalender von 1921 gratis!

Am 23. und 24. Dezember geben wir vollständig gratis unseren Weihnachtskarten, enthaltend 4 Stück prima Kalender-Tafelchen im Werte von 20.- M.

Prima Karbid stets am Lager!

Einzelpackung zu Fabrikpreisen jetzt per 4.50

Kilogramm

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie

Berlin SO 26, Waldemarstr. 27

1. Min. vom Reichspost- u. Fernsprecheamt, Berlin, 4678, 4679, 4680, 4681, 4682, 4683, 4684, 4685, 4686, 4687, 4688, 4689, 4690, 4691, 4692, 4693, 4694, 4695, 4696, 4697, 4698, 4699, 4700.

Verkaufsstelle für den Bez. Norden: Karbidhaus, Berlin, Zimmer 3-4, Erdgeschoss, 177.

Verkaufsstelle für den Bez. Zentrum: Karbidhaus, Berlin, Zimmer 3-4, Erdgeschoss, 177.

Weitere Verkaufsstellen, die wir mit pers. Vertretung versehen werden, werden nach Bedarf und Ihren Interessen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8-9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.